

nd-ticker

Aspekte der Nachrichtendienstlichen Lage

Terrorismus bedroht auch die Schweiz

Hans-Ulrich Helfer

Sieben Personen starben im 2013 in den EU-Mitgliedstaaten an den Folgen von 152 registrierten terroristischen Anschlägen. In diesem Zusammenhang wurden 535 Personen festgenommen, gegen 313 Einzelpersonen wurde ein Gerichtsverfahren eröffnet. Dies alles bleibt nicht ohne Einfluss auf die Bedrohungslage der Schweiz, welche gegenwärtig vom Terrorismus umzingelt ist. Wie lange geht es noch bis es auch in der Schweiz zu grösseren Anschlägen kommt? Wer trägt dafür die politische Verantwortung?

Anschläge

Nach einem Höhepunkt im Jahr 2012 mit 219 terroristischen Anschlägen kam es im 2013 in Europa zu 152 Anschlägen mit sieben Toten. Angriffe mit Feuerwaffen wurden besonders in Frankreich verzeichnet und wichtige Sachbeschädigungen in Spanien. Die meisten Anschläge (84) wurden von separatistischen Gruppen ausgeführt: 58 in Frankreich und 26 in Spanien. Die Anzahl Angriffe mit Bomben fiel deutlich von 91 auf 31, aber die Angriffe mit Schusswaffen blieben stabil. Angriffe der Anarchisten und linksextremistischen Gruppen sind leicht von 18 auf 24 angestiegen. Dabei hat sich der Modus operandi verändert, gegenüber Brandstiftung kam es verstärkt zu Bombenanschlägen. Fast 70 Prozent der Anschläge richteten sich gegen die Wirtschaft, der Anteil der Angriffe gegen Regierungseinrichtungen hat sich damit weiter verringert.

Verhaftungen

Insgesamt wurden in 14 EU-Mitgliedstaaten im Zusammenhang mit Terrorismus 535 Personen verhaftet. Damit hat gegenüber früheren Jahren der sogenannte Fahndungsdruck weiter zugenommen. Die Zahl der religiös-motivierten mutmasslichen Terroristen hat kontinuierlich zugenommen: 122 (2011), zu 159 (2012), auf 216 (2013). Interessant ist dabei, dass mehr als die Hälfte davon EU-Bürger sind. Abgenommen haben die Verhaftungen der „Separatisten“, von 257 auf 180 Personen. Fast doppelt so viele

Linksextreme wurden verhaftet, 49 statt 24 im 2012. Im 2013 wurden lediglich drei Rechtsextreme festgenommen.

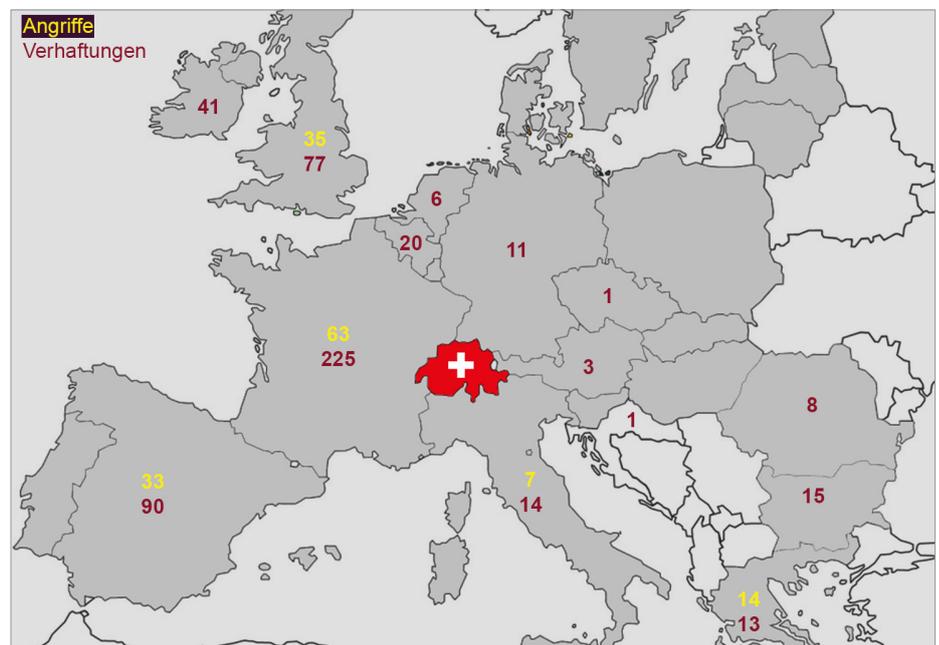
Gerichtsfälle / Verurteilungen

In 15 EU-Staaten kam es zu 150 Gerichtsfällen mit insgesamt 313 Angeklagten, davon waren 42 weiblich. Die meisten Fälle wurden in Spanien durchgeführt. Viele Verurteilungen betrafen Personen der ETA und PKK. 29 der 42 Frauen wurden wegen separatistischem Terrorismus verurteilt. 23 Prozent der Angeschuldigten wurden mangels Beweise freigesprochen, davon 17 Frauen.

Beurteilung und Trends

Europol, einer der wichtigen Organisationen im Kampf gegen Terrorismus in der EU, beurteilt die terroristische Lage als akut und sehr vielfältig. Als Hauptbedrohung gilt der religiös motivierte Terrorismus. Weiter stark zugenommen haben die Reisen von EU-Bürgern, welche sich in Konfliktgebieten im revolutionären Kampf ausbilden lassen. In diesem Zusammenhang dürfte die Bedrohung in Europa exponentiell zunehmen. Rückkehrer und Konvertiten richten erwiesenermassen in Europa Logistik-Zellen für den revolutionären Kampf ein. Die allgemeine Lage im Nahen Osten und in Nordafrika tragen ebenfalls zu einer Bedrohungszunahme in Europa bei.

Festgestelltermassen nutzen die verschiedenen Terrororganisationen die EU als Basis für Logistik, Finanzierung und besonders auch Ruheraum. Dabei spielen eine ganz besonders wichtige Rolle die „Social-Media“, alle Formen der Internet-Kommunikation für Planung, Strategie, Schulung, Finanzierung und Propaganda.



Islamistischer Terrorismus

Die durchgeführten sowie verhinderten islamistischen Anschläge zeigen deutlich, dass der islamistische Terrorismus Europa erreicht hat. Unzählige terroristische Zellen mit jeweils wenigen Personen haben sich fernab von Afghanistan, Irak und Syrien in Europa eingemischt. Die Zellen sind strikt in verschiedene Arbeitsgebiete wie etwa Propaganda, Finanzierung, Rekrutierung, Ausbildung und Aktionen aufgeteilt, was auch die Ermittlungen ganz besonders erschwert.

Mögliche Anschläge der islamistischen Gruppen zielen auf Massenvernichtung von Menschen und Güter. Wichtig erscheint den Tätern dabei die Transportinfrastruktur. Die Finanzierung erfolgt über legale und illegale Kanäle.

Die Länder der EU müssen sich nicht erst seit kurzem mit dem Problem befassen, sondern sie verfügen über eine jahrzehntelange Erfahrung mit der Bekämpfung des jeweiligen autochthonen Terrorismus. Wie in vergangenen Jahren verfügt diese Art immer noch enormen Schaden und in Einzelfällen auch menschliches Leid. Doch insgesamt ist er für das jeweilige Land volkswirtschaftlich unbedeutend. Dies mag auch daran liegen, dass die Täter des nationalistisch-separatistischen sowie des links- und rechtspolitischen Terrorismus ihre Taten den Bürgern zu vermitteln versuchen, um sie für ihre Ziele zu gewinnen.

Von anderer Brisanz ist der islamistische Terrorismus, der kaum Interesse an der Vermittelbarkeit der Tat hat. Die letzten Anschläge islamistischer Gruppen haben bewiesen, dass Anschläge von grosser Bedeutung jederzeit möglich sind, ziellos gegen unschuldige Bürger vorgegangen wird, die Täter bewusst eine hohe Anzahl von Opfer erzielen wollen, damit vordergründig keine detailliert politische Forderung verbunden ist, nicht versucht wird, die Tat als legitim zu vermitteln. Es geht um Massenvernichtung an Mensch und Material mit langfristigen Auswirkungen. Die Anschläge zielen auf die verhassten westlichen Volkswirtschaften. Islamistischer Terrorismus kann innert Kürze ein Land ins Wanken bringen und zu unüberlegten Reaktionen provozieren.

Ziel Europa

Im neusten Terror-Magazin „Inspire“ vom Frühling 2014 werden Strategie und mehrere europäische Länder als Anschlagssziele deutlich erwähnt. Unter dem Untertitel „Specific Targets in France“ werden in Originalsprache beispielsweise folgende wichtige Ziele in Frankreich erwähnt:

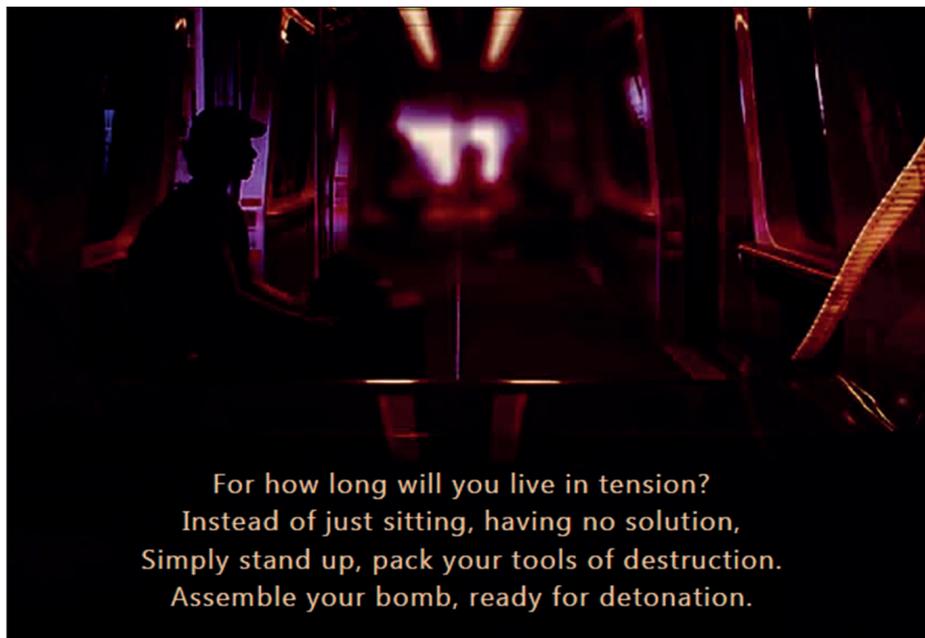
- With over 82 million foreign tourists per annum, France is ranked as the first tourist destination in the world, beaches and seaside resorts, ski resorts, and rural regions that many enjoy for their beauty and tranquility (green tourism).
- The Transport express régional (TER)'s stations. Rush hours will always do.
- The Dordogne valley, during summers. Hit two birds with one stone; both the English and the French.
- The Coupe de la Ligue; only open to professional clubs. Expect huge crowds of supporters outside the entrances.
- The Bastille Day Military Parade: the morning of 14th July each year in Paris.
- During special exhibition in the Musée du Louvre: the most visited art museum in the world and a historic monument.
- The French Riviera.

Ebenso werden im 54-seitigen Magazin verschiedene Anleitungen zur Bombenherstellung veröffentlicht.

achtet. Es besteht daher ein erhöhtes Risiko, dass sich in der Schweiz wohnhafte Sympathisanten dahingehend radikalisieren und der dschihadistischen Bewegung in Syrien anschliessen. Die Rückkehr solcher Kämpfer kann eine konkrete Gefährdung für die innere Sicherheit der Schweiz darstellen.“

Hauseigener oder internationaler separatistischer Terrorismus war bisher für die Schweiz politisch und volkswirtschaftlich absolut unbedeutend. Von ganz anderer Brisanz ist der in der Schweiz von den Politikerinnen und Politiker kaum zu Kenntnis genommene islamistische Terrorismus, deren Vertreter kaum Interesse an der „Vermittelbarkeit“ einer Tat haben. Zu glauben ein Kleinstaat wie die Schweiz gehöre grundsätzlich nicht zum Ziel islamistischer Gruppen, ist wohl ziemlich naiv.

Der Kampf gegen den islamistischen Terrorismus in der Schweiz ist wohl ausichtslos, weil ein zeitgemässes Lagebild,



For how long will you live in tension?
Instead of just sitting, having no solution,
Simply stand up, pack your tools of destruction.
Assemble your bomb, ready for detonation.

Seite aus dem Terror-Magazin „Inspire“ vom Frühling 2014, das übers Internet vertrieben wird.

Lage Schweiz

Das Bundesamt für Polizeiwesen (fedpol) in Bern gab im Mai 2014 unter anderem bekannt:

Es „wurden verschiedene Verbindungen zwischen Personen in der Schweiz und der al-Qaida sowie ihr nahe stehenden Gruppierungen untersucht. fedpol lagen keine Hinweise auf die Planung oder Vorbereitung eines Anschlags in der Schweiz vor. Islamistische Gewaltextremisten missbrauchten unser Land als Unterstützungsbasis in den Bereichen Finanzierung, Propaganda und Logistik. Auch in der Schweiz wurde in dschihadistischen Kreisen die zunehmende Anziehungskraft des syrischen Kriegsschauplatzes beob-

das kulturelle Verständnis und eine Präventionsstrategie fehlen und stetige personelle sowie strukturelle Veränderungen innerhalb der verantwortlichen Behörden eine effiziente Bekämpfung behindern. Dafür tragen die Schweizer Politikerinnen und Politiker im National- und Ständerat die Verantwortung.

*Autor: Hans-Ulrich Helfer, 21. April 1951, von 1976 bis 1983 Staatschutzbeamter, 1983 Gründer der Presdok AG, von 1995 bis 2000 FDP-Gemeinderat von Zürich. Heute Geschäftsführer der Presdok AG, im Besonderen Berater von staatlichen Institutionen, Firmen, Anwaltskanzleien sowie namhaften Persönlichkeiten. Siehe www.presdok.ch ●

Zugang zum Strafregister wird erweitert

Um den veränderten Sicherheitsbedürfnissen der Gesellschaft gerecht zu werden, sollen künftig mehr Behörden Zugang zu Daten im Strafregister gewährt werden. Mit verschiedenen Arten von Auszügen wird allerdings sichergestellt, dass die Behörden nur jene Daten sehen, die sie zur Erfüllung ihrer Aufgaben brauchen. Gleichzeitig wird auch der Datenschutz verbessert, indem Privatpersonen Auskunft über sie betreffende Abfragen von Behörden verlangen können. Zudem werden die behördlichen Kontrollen der Datenbearbeitung verstärkt.



Die Vorlage sieht vor, den Kreis der zugangsberechtigten Behörden massiv auszuweiten. So sollen künftig etwa die kantonalen Polizeistellen, die für die Zulassung von Sicherheitsfirmen zuständigen Stellen und die für die Pflegekinderaufsicht zuständigen Behörden Zugang zum Strafregister erhalten. Sämtliche Zugangsrechte werden gemäss den Vorgaben des Datenschutzgesetzes neu auf Gesetzesstufe geregelt.

Differenziertes Auszugskonzept

Um die unterschiedlichen Anforderungen der verschiedenen Behörden zu

berücksichtigen und dem Datenschutz gerecht zu werden, sieht das Strafregistergesetz neu vier Auszugsarten vor. Jede Behörde wird nur jene Daten sehen können, die für die Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlich sind. Für Strafverfolgungsbehörden ist etwa ein Auszug vorgesehen, worin die Daten wesentlich länger als heute registriert werden. Dies ermöglicht einen besseren Überblick über allfällige Vorstrafen.

Das neue Gesetz soll ferner die Datenqualität verbessern und die Effizienz der Datenverarbeitung steigern. Namentlich

ermöglicht die Verwendung der neuen Sozialversicherungsnummer eine bessere Identifikation der Personen. Diese Nummer dient nur internen Zwecken und erscheint nicht in den Auszügen. Weiter werden neu alle Urteile im Volltext elektronisch erfasst. Dies erleichtert die Beurteilung des Straftäters durch die Behörden im Bereich der Strafverfolgung und des Strafvollzugs, weil das abgespeicherte Urteil auch Angaben zum Sachverhalt enthält. Dank der Erfassung elektronischer Urteilkopien kann zudem das Bundesamt für Justiz (BJ) im Falle von Beanstandungen durch Betroffene rascher prüfen, ob

die Auszüge korrekt sind. Andere Behörden können diese Urteilkopien hingegen nicht einsehen.

Erweitertes Auskunftsrecht und Kontrolle der Datenbearbeitung

Als Gegengewicht zu den erweiterten Zugangsrechten sieht das Strafregistergesetz eine Stärkung des Datenschutzes vor. Auf Anfrage soll eine Person künftig nicht nur darüber informiert werden, welche Straftaten über sie verzeichnet sind. Sie soll auch sehen können, welche Behörde innerhalb der letzten zwei Jahre zu welchem Zweck Daten über sie abgefragt hat. Nur zum Schutz überwiegender öffentlicher Interessen können Behörden ihre Anfragen gegenüber den Betroffenen verdeckt tätigen. Zudem muss das vom BJ geführte Schweizerische Strafregister künftig die vorschriftsmässige Bearbeitung der Daten durch die zugangsberechtigten Behörden kontrollieren.

Strafregisterauszug für Unternehmen

Das Strafregistergesetz schafft ferner die rechtlichen Grundlagen, um Strafurteile und hängige Strafverfahren gegen Unternehmen registrieren zu können. Die Registrierung von Unternehmen ermöglicht insbesondere eine korrekte Strafzumessung bei Wiederholungstaten. Bedeutsam ist für Unternehmen zudem die Möglichkeit, sowohl im Verkehr mit Behörden als auch in der Privatwirtschaft einen „guten Leumund“ in Form eines Strafregisterauszugs nachweisen zu können. Die Erfassung von Unternehmen setzt neben der Schaffung der rechtlichen Grundlagen die Konzeption einer neuen Datenbank voraus. (EJPD) ●

Schweizer Grenzsicherung verstärken!

Am Samstag, 21. Juni 2014, sind über hundert Personen, die sich illegal in Italien aufhielten, zusammen mit Sympathisanten von Mailand her in die Schweiz eingereist. Das Grenzwachtkorps (GWK) hat die Südgrenze im Tessin und im Wallis temporär verstärkt. Insgesamt sind an diesem Wochenende rund 170 rechtswidrige Aufenthalte festgestellt worden.

Durch Hinweise in den Sozialen Medien hat das Grenzwachtkorps erfahren, dass eine grössere Gruppe von Personen beabsichtigte, am Samstag, 21. Juni, illegal von Mailand her in die Schweiz einzureisen. Dabei handelte es sich um Personen, die sich illegal in Italien aufhielten, sowie um Sympathisanten. Im Bahnhof Chiasso kam es an dem Samstagabend zu einer



Kundgebung der rund 200 Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Aktion. Diese verlief friedlich.

Das GWK hat am die Südgrenze im Tessin und im Wallis vorübergehend mit 80 Mitarbeitenden aus der Deutsch- und

Westschweiz verstärkt. Die deutsche Bundespolizei verstärkte ihrerseits ihre Kräfte an der Grenze zur Schweiz, um das Grenzwachtkorps an der Nordgrenze zu entlasten. Die Luftwaffe stellte zur schnellen Verschiebung der Kräfte einen Superpuma zur Verfügung. Ebenfalls im Einsatz waren 30 zusätzliche Mitarbeitende der Kantonspolizei Tessin. In Chiasso, auf der Simplon-Route und am Grosse St. Bernhard wurden übers Wochenende insgesamt knapp 170 rechtswidrige Aufenthalte im Schengenraum festgestellt. Die betroffenen Personen wurden mehrheitlich an die Italienischen Behörden rücküberstellt. Der Verstärkungseinsatz an der Südgrenze wurde am Sonntagmorgen beendet. (GWK; Bild VBS) ●

Internetkriminelle verstärken Aktivitäten

Die Koordinationsstelle zur Bekämpfung der Internetkriminalität (KOBİK) hat im zehnten Betriebsjahr insgesamt 9208 Verdachtsmeldungen aus der Bevölkerung erhalten. Das entspricht einer Zunahme von mehr als elf Prozent gegenüber dem Vorjahr. 61 Prozent der Meldungen betrafen Vermögensdelikte. Damit setzte sich der Trend der Vorjahre auch 2013 fort. Mit 60,7 Prozent am häufigsten gemeldet wurden im Berichtsjahr strafbare Handlungen gegen das Vermögen (5589 Meldungen). Die Unterkategorie Betrug verzeichnet dabei mit 2257 Meldungen 25 Prozent des Gesamtvolumens an eingegangenen Meldungen.

Betrugsvarianten

Die gemeldeten Betrugsvarianten sind vielfältig. Zugenommen haben unter anderem Meldungen zu Betrugsversuchen auf Auktions- und Kleinanzeigeplattformen, bei denen sowohl Käufer als auch Verkäufer, respektive Interessenten und Inserenten Ziele der Täterschaft waren. KOBİK stellt fest, dass die Täterschaft zunehmenden Aufwand betreibt, um solchen Betrugsversuchen eine höhere Glaubwürdigkeit zu verleihen. So baut die Täterschaft beispielsweise komplette Webauftritte von erfundenen Transportfirmen inklusive angeblichen Paket-Tracking-Systemen auf, um die Geschädigten möglichst lange im Glauben zu lassen, dass sich die bestellte oder versandte Ware noch im Transport befände.

Im Weiteren sind die Täter bestens über die aktuelle Situation in der Schweiz informiert. So wird beispielsweise die Wohnungsknappheit in Ballungsgebieten ausgenutzt, um von Wohnungssuchenden auf Immobilienplattformen über gefälschte Inserate für billigen Wohnraum in Zürich oder Basel Vorauszahlungen für Mietobjekte zu erschleichen, die nicht existieren.

Zunahme von Phishing

Markant zugenommen hat die gemeldete Anzahl von Phishing-Versuchen. Mit insgesamt 2'208 Meldungen hat sich dieser Anteil gegenüber dem Vorjahr (662 Meldungen) mehr als verdreifacht. Bei den meisten Phishing-Varianten wurden potentielle Opfer mittels nicht zielgerichtetem Massenversand von E-Mails auf Webseiten gelockt, die bekannten Internetdienstleistungen nachempfunden sind und bei denen Benutzerdaten (Benutzername, Passwort) angegeben werden müssen. Bei rund einem Fünftel der eingegangenen Phishing-Meldungen versuchte die Täterschaft, an Zugangsdaten zu Dienstleistungen von Schweizer Bankinstituten zu kommen.

Gehackte Facebook-Profilе

KOBİK hat diverse Meldungen erhalten, dass auf gehackten Facebook-Konten Statusmeldungen publiziert werden, welche unter Vorgabe falscher Tatsache zur Nutzung von kostenpflichtigen Telefonnummern verleiten sollen.

Bereits im letzten April hat KOBİK vor einer ähnlichen Masche in Zusammenhang mit einem gefälschten BMW-Wettbewerb gewarnt. Um zusätzliche Glaubwürdigkeit zu erlangen und um noch mehr Personen in die Falle zu locken, werden neu



Verbotene Pornografie

Markant abgenommen hat die Anzahl Meldungen über strafbare Handlungen gegen die sexuelle Integrität. Die Zahl der gemeldeten Webseiten, die verbotene Pornografie mit Kindern anbieten, ist deutlich von 2'684 Meldungen im Vorjahr auf 1'414 Meldungen gesunken. Das entspricht einer Abnahme von 47 Prozent. Die beiden Kategorien „Betrug“ und „Phishing“ liegen damit erstmals vor der Kategorie „Verbotene Pornografie mit Kindern“.

Im Bereich der verdachtsunabhängigen verdeckten Vorermittlungen wurden KOBİK-Mitarbeitende 2013 gestützt auf die Schwyzer Polizeiverordnung zudem in 17 Fällen als verdeckte Vorermittler gegen pädokriminelle Täter in Chats, Online-Plattformen oder privaten P2P Tauschbörsen tätig. In drei Fällen konnten die Täter verhaftet werden, als sie am vermeintlichen Treffen mit den Minderjährigen erschienen.

sogar Facebook-Konten gehackt. Über das gehackte Konto versenden die Täter anschliessend Statusmeldungen und private Nachrichten an sämtliche Freunde, mit welcher man zur Nutzung einer kostenpflichtigen Telefonnummer (z.B. 0906 906 904) oder einer SMS-Kurzwahl (z.B. 41414 mit Stichwort „Aps“) verleitet wird. Als Gewinn wird im konkreten Fall ein iPhone 5 in Aussicht gestellt. Dass durch die Teilnahme am «kostenlosen» Wettbewerb Gebühren entstehen, wird verschwiegen. Davon ausgehend, dass die Informationen von einem vermeintlichen Freund kommen, wählen viele Personen die kostenpflichtige SMS- oder Telefonnummer, wodurch ihnen zum Teil beträchtliche Kosten entstehen (z.B. 4 CHF/SMS oder 10 CHF/Anruf). Zur Teilnahme am Wettbewerb bedarf es zudem oftmals mehrerer Anrufe oder SMS.

Falls das Facebook-Konto gehackt wurde, gilt es so schnell wieder die Kontrolle darüber zu gewinnen. Siehe dazu: <http://www.facebook.com/help/hacked> ●

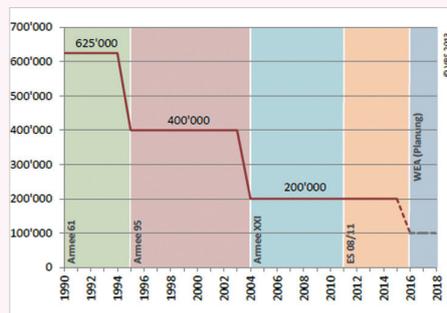
Weiterentwicklung der Armee (WEA)

Die aktuelle Weiterentwicklung der Armee wurde mit dem sicherheitspolitischen Bericht vom 23. Juni 2010 und dem Armeebudget vom 1. Oktober 2010 angesprochen. Sie dient dazu, ab 2016 die Bereitschaft der Armee für die wahrscheinlichen Einsätze zu erhöhen sowie die Ausbildung und Ausrüstung zu verbessern, nachdem in diesen Bereichen deutliche Mängel zutage getreten sind. Schliesslich geht es auch darum, das Verhältnis zwischen den Leistungen und den finanziellen Mitteln auf eine solidere Basis zu stellen. Dabei sind aber Kompromisse unvermeidlich, wenn die Vorgaben eingehalten werden sollen. Die wichtigsten Eckwerte der WEA sind: Der Sollbestand wird auf 100'000 Mann reduziert, das Armeebudget auf 5 Milliarden Franken pro Jahr erhöht. Die Botschaft dazu soll im Herbst 2014 erscheinen.

Bedeutung

Die Weiterentwicklung der Armee führt dazu, dass die Armee besser als bisher in die Lage versetzt wird, zur Sicherheit der Schweiz und ihrer Bewohner einen zentralen Beitrag zu leisten. Sie wird schneller zur Stelle sein, um Schaden zu verhüten und Menschen zu schützen. Die Milizka-

der werden eine gründlichere Ausbildung erhalten. Zudem werden Ausrüstungsmängel behoben, soweit es die Mittel erlauben.



Sollbestand der Armee?

Mit der Weiterentwicklung der Armee wird ihr Sollbestand auf 100'000 verringert. Zum Vergleich: Vor rund zwanzig Jahren betrug der Sollbestand noch 625'000.

Bereitschaft?

Durch die Weiterentwicklung der Armee wird die Bereitschaft der Armee für die wahrscheinlichen Einsätze erhöht. Ein Mobilmachungssystem wird wieder eingeführt. Die Kantone können damit rechnen, dass die Armee schneller eingreifen kann, um zu helfen, zu retten und zu schützen.

Ausrüstung

Die Weiterentwicklung der Armee schliesst Lücken in der Ausrüstung. Weil die Grösse der Armee reduziert wird, kann der Ausrüstungsgrad der verbleibenden Verbände mit dem vorhandenen Material generell erhöht werden. Die Einsatzverbände zur Unterstützung der zivilen Behörden können voll ausgerüstet werden. Eine vollständige Ausrüstung aller Verbände für den Fall einer Mobilisierung der ganzen Armee wird aber weiterhin nicht möglich sein. Eine Reihe von Grosssystemen soll rasch ausser Dienst gestellt werden, um Ressourcen für Systeme freizumachen, die einen grösseren Beitrag zur Sicherheit der Schweiz und ihrer Bewohner leisten.

Zeitplan

Die Armee muss sich im Grunde ständig weiter entwickeln. Für das vorliegende Projekt werden aber zwei Zeithorizonte unterschieden: Die Umsetzung beginnt mit dem politischen Entscheid über die WEA und sie soll 2020/2021 abgeschlossen sein. Für allfällige Anpassungen für die Zeit nach 2020 soll ein neuer sicherheitspolitischer Bericht Ende 2014 die allgemeine Richtung aufzeigen. (VBS) ●

Neue Drohnen für die Schweiz

Das in der Schweizer Armee seit dem Jahr 2001 im Einsatz stehende Drohnensystem ADS 95 Ranger soll Ende dieses Jahrzehnts ersetzt werden. Mit der Typenwahl wird die Grundlage für die Rüstungsbotschaft geschaffen.

Im Hinblick auf das Rüstungsprogramm 2015 oder einem nachfolgendem Programm, wird an der Ablösung des heutigen Drohnensystems gearbeitet, welches das Ende der Lebensdauer erreicht. Um den rechtzeitigen Ersatz sicherzustellen, wurde eine Typenwahl getroffen, damit die Grundlagen für die Rüstungsbotschaft erstellt werden können.

Die Wahl fiel auf das Drohnensystem „Hermes 900 HFE“ der israelischen Firma Elbit Systems. Es handelt sich um ein unbewaffnetes Aufklärungsdrohnen-System, welches sich gegen die Mitkonkurrentin Super Heron der Firma Israel Aerospace Industries durchsetzen konnte. Die Typenwahl zu Gunsten Hermes 900 HFE basiert auf einem besseren Gesamtergebnis aller beurteilten Kriterien. Die beiden Drohnensysteme hatten zuvor die Anforderungen der Vorevaluation am besten erfüllt.

Das System Hermes 900 HFE ist ein allwettertaugliches und unbewaffnetes



Photo by armasuisse, Evaluation campaign in Switzerland, October 2012.

Aufklärungsdrohnen-System, das flexibler, mit längerer Verweildauer in der Luft und mit grösserer Reichweite als das jetzige System betrieben werden kann.

Die neuen Drohnen sind unbewaffnet. Kampfdrohnen sind zurzeit und auch auf absehbare Zeit kein Thema im VBS. Über den Einsatz der Drohne wird man im Rahmen der Rüstungsbotschaft, der

Weiterentwicklung der Armee sowie dem Sicherheitspolitischen Bericht ausführlich Stellung nehmen.

Das neue Aufklärungsdrohnen-System (ADS 15) im Kostenumfang von rund 250 Mio. Franken wird dem Parlament voraussichtlich mit dem Rüstungsprogramm 2015 unterbreitet. (VBS) ●

Schweizerinnen und Schweizer fühlen sich sicher

Laut Studie „Sicherheit 2014: Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend“ des Center for Security Studies der ETH Zürich fühlen sich Schweizerinnen und Schweizer sicher und sehen optimistisch in die Zukunft der Schweiz. Deutlich weniger Befragte teilen aktuell die Auffassung, dass sich die weltpolitische Lage künftig verschlechtern werde, sondern erwarten überwiegend keine Veränderung der Lage.

Sicherheitsaspekte und Bedrohungswahrnehmung

Im Allgemeinen sieht sich die Schweizer Bevölkerung nur in geringem Masse bedroht. Die Befragten erachten in der Schweiz die Datensicherheit, die Natur, die Umwelt, die Arbeitsplätze, den gesellschaftlichen Zusammenhalt, die soziale Sicherheit und das Einkommen am ehesten für bedroht. Für relativ wahrscheinlich beurteilen SchweizerInnen eine Bedrohung der Schweiz durch einen Cyber-Angriff, durch Verbrechen und die organisierte Kriminalität und durch Migration.

Vertrauen in Behörden und Institutionen

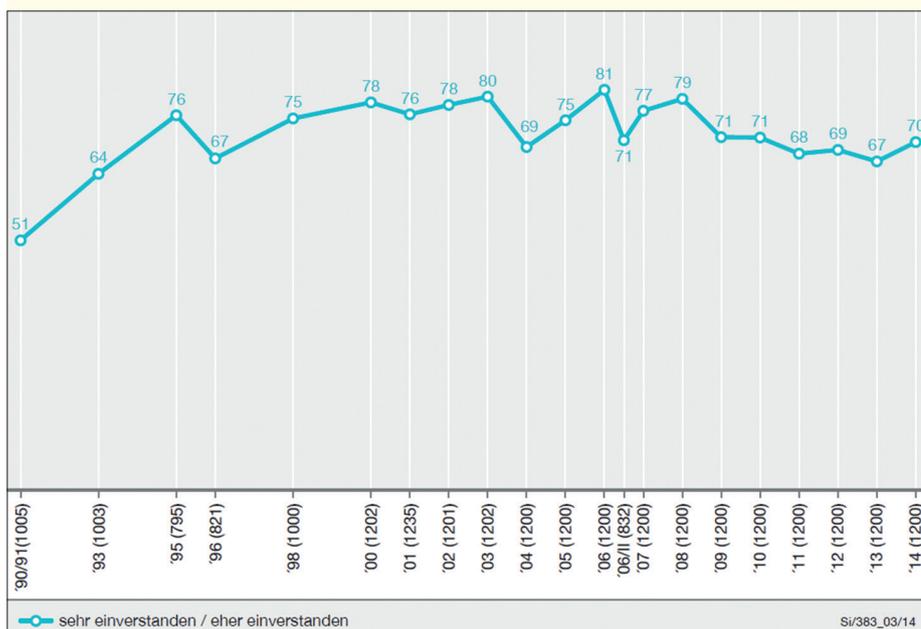
Die Schweizer Bevölkerung vertraut der Wirtschaft und der Armee signifikant stärker als 2013. Nach wie vor rangieren aber die Polizei und die Justiz an oberster Stelle, gefolgt von der Schweizer Wirtschaft und dem Bundesrat. Die Armee und das Parlament besetzen die unteren Mittelpositionen. Am kritischsten beurteilen SchweizerInnen die politischen Parteien und die Medien.

Autonomismus und Öffnungsbereitschaft

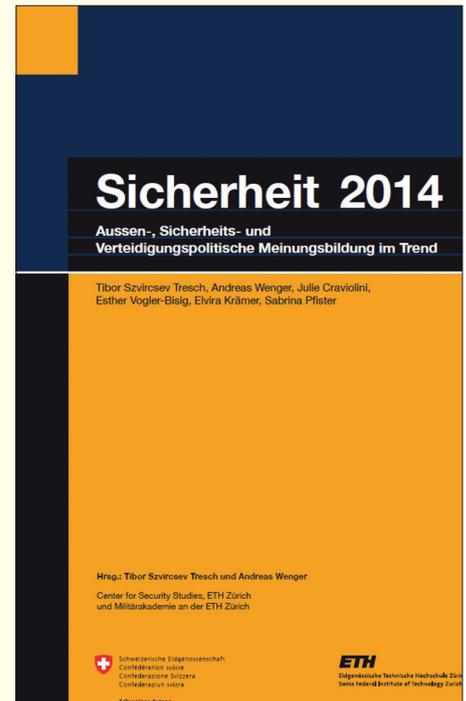
2014 manifestiert sich in der Schweizer Bevölkerung ein deutliches Autonomiestreben. Während der Wunsch nach wirtschaftlicher und politischer Unabhängigkeit auf unverändert hohem Niveau verharret, sind die Forderungen nach militärischer oder absoluter Autonomie in diesem Jahr signifikant stärker – wenn auch nicht mehrheitlich – in der Bevölkerung vertreten. Die Zustimmungen zu einem Nato-Beitritt und einem EU-Beitritt erreichen in diesem Jahr neue Tiefstwerte. Hingegen werden weiterhin eine wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der EU und ein aktiveres internationales Engagement gewünscht.

Neutralität

Eine Abschaffung der Schweizer Neutralität ist ausgeschlossen. Das Neutralitätsprinzip und die Funktionen der Neutralität werden von der Bevölkerung in diesem Jahr signifikant stärker unterstützt. Ferner werden kritische Einstellungen gegenüber der Neutralität sowie Zweifel an



Die Schweiz sollte eine gut ausgerüstete und ausgebildete Armee unterhalten.
Angaben in Prozent (Grafik aus der Studie, Seite 165)



der Glaubwürdigkeit der Durchsetzungsfähigkeit der bewaffneten Neutralität aktuell von der Schweizer Bevölkerung markant seltener geteilt als 2013.

Notwendigkeit der Armee

Die Schweizer Bevölkerung ist in diesem Jahr der Armee gegenüber deutlich positiver eingestellt als 2013. Die Notwendigkeit der Schweizer Armee erfährt über den Jahresverlauf einen markanten Anstieg, ebenso ist die Ansicht, dass das Militär eine zentrale Institution sei, im langjährigen Vergleich weitverbreitet.

Milizarmee und Wehrpflicht

Die Milizarmee wird aktuell in der Bevölkerung mehrheitlich einer Berufsarmee vorgezogen und die Abschaffung der Wehrpflicht wird nach wie vor nur von einer Minderheit gefordert.

Bedrohungswahrnehmung

Aufgaben wie die Katastrophenhilfe im Inland und die Unterstützung der zivilen Grenzschutz bei grossen Flüchtlingsströmen werden nach Ansicht einer absoluten Mehrheit der SchweizerInnen in Zukunft an Bedeutung für die Armee gewinnen. Eine relative Mehrheit der Befragten sieht einen Bedeutungszuwachs bei Aufgaben im Bereich des Umweltschutzes, bei der Verhinderung von Terroranschlägen, der Abwehr von Cyber-Attacken sowie der Katastrophenhilfe im Ausland.

Die 340-seitige Studie steht kostenlos auf www.css.ethz.ch zur Verfügung. ●

News aus der eidgenössischen Verwaltung

Ausländerstatistik

Ende April 2014 lebten insgesamt 1'906'753 Ausländerinnen und Ausländer in der Schweiz. Im Vergleich zum Vorjahr sind dies 60'204 Personen (+3,3%) mehr. Die meisten von ihnen stammen aus den EU-28/EFTA-Staaten (1'295'714, 68%). Ihr Bestand stieg 2014 mit 4,1% leicht schwächer an als im Vorjahr (2013: +4,2%). 68'950 Ausländerinnen und Ausländer sind zwischen 1. Mai 2013 und 30. April 2014 aus der Schweiz ausgewandert (in der gleichen Zeitspanne 2013: 67'541).



Ukraine

Der Bundesrat hat beschlossen, die Ukraine von der Liste der verfolgungssicheren Staaten („Safe Countries“) zu streichen. Asylgesuche aus diesem Land werden infolgedessen wieder materiell geprüft. Grund ist die Sicherheitssituation in Teilen des Landes.

Asylstatistik

Im Mai 2014 wurden in der Schweiz 1'680 Asylgesuche eingereicht, rund 14 % mehr als im Vormonat (1'470 Gesuche). Es gingen in der Schweiz 392 Gesuche von Personen aus Eritrea ein, 131 mehr als im Vormonat (+50 %), und 364 Gesuche von syrischen Staatsangehörigen (-12 %). Der markante Anstieg bei den eritreischen Gesuchen setzte sich im Mai fort und ist auf die zahlreichen Anlandungen in Süditalien zurückzuführen, wo im April und Mai jeweils rund 15'000 Personen eintrafen. Dies hat zu einer erheblichen Weiterwanderung in mehrere

andere europäische Staaten geführt. Weitere wichtige Herkunftsländer sind Somalia mit 75 Gesuchen (+34 %), Tunesien mit 62 Gesuchen (+59 %), Nigeria mit 58 Gesuchen (-2 %), Sri Lanka mit 52 Gesuchen (-30 %), Afghanistan mit 47 Gesuchen (+52 %) und China mit 41 Gesuchen (+5 %).

Neues Asylverfahren

Am 3. Januar 2014 nahm das Verfahrenszentrum in Zürich die ersten Asylsuchenden im „beschleunigte Asylverfahren“ auf. Dort prüft das Bundesamt für Migration (BFM) die neuen, beschleunigten Verfahren, wie sie im Rahmen der Neustrukturierung des Asylbereichs etabliert werden sollen. Der Test dauert bis Ende September 2015, bis dahin sollen jährlich rund 1'300 bis 1'400 Gesuche bearbeitet werden.

Rückkehrhilfe

Individuelle Rückkehrhilfe kann von allen Personen

im Asylprozess beansprucht werden. Sie besteht aus verschiedenen Teilen und wird gestaffelt geleistet: In der Schweiz werden die Rückkehrenden beraten und bei der Vorbereitung und Organisation der Rückkehr unterstützt. Sie erhalten ausserdem Reisekosten sowie eine finanzielle Hilfe von 1'000 Franken. In ihrem Herkunftsland werden die Rückkehrenden anschliessend weiter unterstützt. Mit einer zweckgebundenen Unterstützung von bis zu 3'000 Franken können sie Kleinprojekte umsetzen, wie etwa ein kleines Internetcafé und damit ihren Lebensunterhalt selbst verdienen. Dies trägt dazu bei, dass sich die Rückkehrenden wieder integrieren können und die Wahrscheinlichkeit sinkt, dass sie erneut migrieren.

Fonds ISF-Grenze

Beim Fonds für die innere Sicherheit im Bereich des Grenzschutzes (kurz ISF-Grenze) handelt es sich um

einen Solidaritätsfonds zur Unterstützung von besonders belasteten Schengen-Staaten. Für den Zeitraum 2014-2020 wurde für den ISF-Grenze ein Gesamtbetrag in Höhe von 2'760 Milliarden Euro festgesetzt (ohne Beiträge der assoziierten Staaten). Die exakte Höhe des Schweizer Beitrages lässt sich zurzeit noch nicht bestimmen. Sie hängt von den Modalitäten in der Zusatzvereinbarung ab, die noch auszuhandeln sind. Das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement rechnet jedoch mit Jahresbeiträgen von rund 20 Millionen CHF und hat diese Mittel im Finanzplan 2015-2017 bereitgestellt.

Berufslehre

Jugendlichen Sans-Papiers bleibt der Zugang zu einer Berufslehre weiterhin verwehrt. Die Verordnungsänderung vom 1. Februar 2013, welche diesen Jugendlichen eine Berufslehre ermöglichen soll, entfaltet nicht die beabsichtigte Wirkung. Längerfristig sind neue Lösungen gefordert.

Zusammenarbeit

Die Schweiz und Italien verstärken die bisher bestehende polizeiliche Zusammenarbeit. Ein neues bilaterales Abkommen ersetzt das bisher geltende aus dem 1998. Es erleichtert den Informationsaustausch zwischen den schweizerischen und den italienischen Behörden, die Koordination gemeinsamer Massnahmen und die Entsendung von Einsatzkräften, die sich an Operationen der beiden Länder beteiligen können. ●

Impressum

nd-ticker: ISSN 1663-8158
Aspekte der Nachrichtendienstlichen Lage



Herausgeberin
Presdok AG, Mimosenstrasse 5, 8057 Zürich
presdok@presdok.ch
http://www.presdok.ch

Verantwortlicher Redaktor
Hans-Ulrich Helfer
helfer@presdok.ch

Layout, Website
Swisswebmaster GmbH
info@swisswebmaster.ch

Erscheinungsweise
Regelmässig als Print- oder Online-Ausgabe.

Bezug, Preise, Unterstützung
Website: www.nd-ticker.ch
Unkosten- und Unterstützungsbeiträge bitte auf Postcheckkonto: 80-9017-3:
IBAN: CH55 0900 0000 8000 9017 3
Vermerk: „nd-ticker“

Druck
Eigendruck

Copyright
Alle Rechte vorbehalten.



Presdok AG

analysieren



beraten

dokumentieren

www.presdok.ch



30

Jahre
Presdok AG